



Für
Menschenrechte
gegen
Extremismus



DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V. НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



Blickpunkt Demokratie und Extremismus
Newsletter Osteuropa
Juli | 2008

INHALT	Seite
Russland	2
Monatsbilanz Mai 2008	2
Monatsbilanz Juni 2008	3
Dmitri Medwedjew rief zum Kampf gegen Xenophobie und Extremismus auf	4
Parlamentssitzung in Karelien „Harmonisierung der nationalen Beziehungen, gegen Extremismus und Konflikte“	4
Antwort des Moskauer Bürgermeisters auf die Anfrage des Parlaments von Kabardino-Balkarien über die Häufung von neonazistischen Überfällen in der Hauptstadt	5
Mitglieder der Gesellschaftskammer fordern die Überprüfung der Äußerungen von Oberst Kvachkovs zum Extremismus	6
Weniger Migranten bedeutet weniger Extremismus	6
Meinungsforschungszentrum zur Meinung der Russen über die Veränderungen der internationalen Beziehungen	6
Gebietstagung in Krasnojarsk zu Problemen des Extremismus in Sibirien	7
Zeitschrift The eXile eingestellt -Investoren verschreckt	7
Anhänger Limonows sind sich nicht für die Verschlechterung der russisch-lettischen Beziehungen verantwortlich	8
Baltikum	8

Duma-Abgeordneter: Europarat darf die Augen nicht vor den Versuchen der Heroisierung des Faschismus im Baltikum verschließen	8
Estland	9
Buch über die Ereignisse um den „Bronzenen Soldaten“ in Estland erschienen	9
Litauen	10
Litauische Abgeordnete stellen Sowjetsymbole dem Hakenkreuz gleich	10
Kirgisien	10
Statistik der kirgisischen Botschaft über Morde an Kirgisiern	10
Ukraine	11
Wjatscheslaw Lichtscheu. Verbrechen des Hasses in der Ukraine – 2007-2008	11
Chronik	11
Händler von Nazidevotionalien in Kaluga angeklagt	11
20 Morde in Moskau - verdächtige Skinhead-Bande festgenommen	12
Broschüre „Krieg den Bastarden“ als extremistisches Machwerk eingestuft	12
Impressum	13

Russland

Monatsbilanz Mai 2008

Im Mai 2008 wurden mindestens 13 Überfälle bekannt, durch die mindestens vier Menschen starben und mindestens 14 Menschen verletzt wurden. Das Moskauer Zentrum SOVA, das Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund dokumentiert und analysiert, registriert einen starken Rückgang der Aktivität von Nazi-Skinheads im Vergleich zum Vormonat. Jedoch betont SOVA, dass solche Überfälle sehr wahrscheinlich aus verschiedenen Gründen in den Medien nicht vorkommen.

Derartige Vorfälle passierten im Mai in Moskau (vier Tote und vier Verletzte), Brjansk, Kaliningrad, Nowokusnezsk, Omsk und Tula.

Insgesamt waren in den ersten fünf Monaten des Jahres 2008 von derartigen Überfällen mindestens 234 Menschen betroffen, von denen 57 starben. Diese Vorfälle wurden in 21 Regionen Russlands registriert. Im gleichen Zeitraum des Jahres 2007 kamen 279 Menschen zu Schaden, von denen 39 starben.

Die Hauptzentren der Gewalt sind weiterhin Moskau (35 Tote und 89 Verletzte) und Sankt-Petersburg (11 Tote und 18 Verletzte).

Im Mai wurden mindestens 19 Menschen wegen Gewaltverbrechen verurteilt, bei denen als Motiv Hass angegeben wurde. Mit derartigen Urteilsprüchen endeten Gerichtsverfahren in Moskau, dem Moskauer Gebiet, Krasnodar, Sankt Petersburg und dem Pensensker Gebiet.

Die größte Resonanz rief zweifellos das Urteil gegen die acht wegen der Explosion auf dem Tscherkisowsker Markt in Moskau Angeklagten hervor. In Folge des Anschlags starben 13 Menschen, mindestens 53 wurden verletzt. Vier der acht Angeklagten wurden zu lebenslanger Haft verurteilt, die übrigen zu Freiheitsstrafen zwischen zwei und 20 Jahren.

Seit Jahresbeginne 2008 fielen insgesamt mindestens zwölf Urteile in elf Regionen des Landes zu Gewaltverbrechen.

In Delikten, die mit Hass-Propaganda verbunden waren, fielen im Mai 2008 mindestens vier Urteile (in Woronesh, Lipezk, Dagestan und Sankt Petersburg) gegen vier Angeklagte. Das bedeutendste davon war die Verurteilung des Führers der National-Sozialistischen Gesellschaft, Dimitrij Rumjanzew, der eine Bewährungsstrafe für den Auftritt auf einer der Kundgebungen 2007 in Woronesh bekam.

Besonders möchten wir die Gerichtsurteile hervorheben, die sechs Mitglieder der Kasaner Russischen Nationalen Einheit (RNE) am 26. Mai zu vier bis sieben Jahren verurteilten. Wobei in der umfangreichen Anklage (alle Angeklagten wurden nach Paragraph acht des Strafgesetzbuches angeklagt) Paragraph 282.2 – Beteiligung an einer als extremistisch eingestuften Vereinigung – erwähnt wurde. Dies ist das erste derartige Urteil in der russischen Rechtsprechung, das nicht im Zusammenhang mit Mitgliedern der Gruppe „Chisb-yt Tachrir“ ausgesprochen wurde.

Die Vervollständigung der Föderalen Liste extremistischer Organisationen wird fortgesetzt. Ende Mai enthielt sie bereits 141 Materialien, die von Richtern als extremistisch eingestuft worden waren. In einigen Dutzend Fällen enthält die Liste jedoch keine Hinweise auf die Herkunft dieser Materialien, was deren Identifizierung verhindert.

Quelle: <http://sova-center.ru/> 02.06.2008

Monatsbilanz Juni 2008

Im Juni 2008 wurden sieben Überfälle mit rassistischem und neonazistischem Hintergrund registriert, mindestens 13 Personen wurden dabei verletzt. Wie auch im Mai gehen wir davon aus, dass die Skinhead-Aktivitäten nicht tatsächlich rückläufig sind, sondern wir es lediglich mit einem Informationsdefizit zu tun haben. Im Juni kam es zu Gewalttaten in Moskau, St.-Petersburg, Wolgograd, Lipezk, Nischnij Nowgorod und Jaroslawl. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden mindestens 255 Personen Opfer rassistischer Gewalttaten, 58 von ihnen mit tödlichen Folgen. Die Vorfälle wurden in 27 russischen Regionen registriert. Im gleichen Zeitraum des Jahres 2007 waren 351 Personen von solchen Gewalttaten betroffen, 49 mit Todesfolge. Wir sehen also, dass nach einem sprunghaften Anstieg von Gewalt Anfang vergangenen Jahres die Zahl der Opfer deutlich zurückgegangen ist.

Die Zentren der Gewalt sind nach wie vor Moskau (35 Tote, 96 Verletzte) und St. Petersburg (12 Tote und 19 Verletzte).

Ein neues Phänomen des Monats Juni sind Aktionen kaukasischer Jugendgruppen, die entweder gezielt Schlägereien mit Rechtsextremen provozierten oder bereitwillig auf Provokationen letzterer reagierten. Im Juni kam es zu mindestens einer solchen Schlägerei. Sie ereignete sich in Mitino (Meldungen über weitere Gewalteskalationen scheinen eher Versuche zu sein, Alltagskonflikte als nationalistisch motiviert auszugeben). Im Prinzip wurde über solche kaukasische Gruppierungen bereits im vergangenen Jahr berichtet (erinnert sei an eine Schlägerei am Slawjansker Platz am 22. Juni 2007). Provokatorische Ankündigungen von Randalen hat es auch in diesem Frühjahr gegeben. In der Mehrzahl der Fälle ließ sich allerdings schwer ausmachen, ob es sich bei diesen Ankündigungen um eine Provokation, um Erfindungen oder Falschinformationen handelte. Mit Sicherheit haben sich die Warnungen von Experten bewahrheitet, dass die Nachlässigkeit der Strafverfolgungsorgane und der Polizei bei der Bekämpfung rassistischer und ausländerfeindlicher Gewalt zu einer Radikalisierung der tatsächlichen oder potentiellen Opfer von Skinheads und zu einer zunehmenden nationalistisch motivierten Aggression von deren Seite führen wird. Wir können heute feststellen, dass es solche Gruppierungen gibt. Sie unterscheiden sich nach spezifischen regionalen und phänotypischen Merkmalen (Region Kaukasus – „kaukasisches Äußeres“), also nach denselben Prinzipien, nach denen

sie Nazi-Skinheads identifizieren. Diese Gruppierungen ahmen teilweise das Verhalten der Nazis nach (Provozieren nach Konflikten, Aufnahme von Randalen mit Handy-Fotoapparaten, Platzierung der Aufnahmen im Internet). Im Juni wurden sieben Personen wegen nationalistisch motivierten Mordes verurteilt: In Jekaterinburg wurden am 30. Juni Mitglieder der Gruppe „Zig-88“ zu langen Freiheitsstrafen (6-10 Jahre) verurteilt.

Seit Jahresbeginn 2008 wurden mindestens 13 Urteile gegen 39 Personen aus 12 Regionen wegen nationalistischen Gewaltverbrechen verhängt.

Mindestens 4 Personen (aus dem Gebiet Archangelsk und aus Blagoweschtschensk) wurden im Juni 2008 wegen Gewaltpropaganda verurteilt.

Im Juni 2008 wurde turnusgemäß die Föderale Liste extremistischer Materialien aktualisiert. Bis Ende Juni 2008 wurden 151 Dokumente hinzugefügt, die von Gerichten als extremistisch begutachtet worden waren. Unter den neu aufgenommenen Dokumenten war auch ein Video über die Ermordung von Personen aus Tadschikistan und Dagestan, das im August 2007 im Internet veröffentlicht wurde. Im Juni 2008 wurde der Tatbestand des Mordes von der Staatsanwaltschaft anerkannt und eines der Opfer identifiziert.

Quelle: <http://sova-center.ru> 01.07.2008

Dmitri Medwedjew ruft zum Kampf gegen Xenophobie und Extremismus auf

Am 11. Juni 2008 auf der Eröffnung des Weltkongresses der russischen Presse sprach der Präsident der RF Dmitri Medwedjew über die Notwendigkeit des Kampfes gegen Xenophobie und Extremismus. „Wir werden mit diesen Problemen mit allen verfügbaren Mitteln kämpfen. Diese verfügbaren Mittel haben die Rechtsschutzorgane und das Gerichtssystem Russlands- erklärte Medwedjew.- Wenn wir nicht die Kraft des Gesetzes zur Geltung bringen, dann führt das zu Gejammer und Beschwörungen und das ist nicht effektiv. Deshalb muss der Staat alles von ihm abhängende unternehmen“. Der Präsident bemerkte, dass auch in anderen Staaten des postsowjetischen Raumes diese Probleme bestehen. Das ist unser gemeinsames Problem und wir müssen diesen Erscheinungen einer direkten und unvoreingenommenen Bewertung unterziehen“.

Des weitern ist Medwedjew der Meinung, dass der Kampf mit Extremismus und Xenophobie „in der Hauptsache eine staatliche Aufgabe ist, aber auch die MM, die russischsprachige Presse, die russischsprachigen MM ihre edelmütige Mission erfüllen“. „Ich hoffe, dass die MM dem Staat helfen, wenn nicht vollständig auszumerzen, so doch wesentlich zu einer Verringerung der Anzahl solcher verbrecherischer Erscheinungen in unserem Land beitragen. Dabei müssen wir auch auf diese Probleme in den anderen Staaten hinweisen“, führte der Präsident aus.

Nach seinen Worten, ist Russland ein Staat, der in einem sehr kurzen Zeitraum zu einem neuen politischen System und zur Marktwirtschaft übergegangen ist. Und dies musste natürlich negative Prozesse provozieren, die zur Wiedergeburt dieser Probleme führten.

Quelle: http://www.newsru.com/russia/11jun2008/usa_med.html
<http://sova-center.ru/> 11.06.2008

Parlamentssitzung in Karelien „Harmonisierung der nationalen Beziehungen, gegen Extremismus und Konflikte“

Am 24. Juni 2008 fand im republikanischen Parlament von Karelien eine zwischenregionale Sitzung zum Thema der Probleme der Harmonisierung der nationalen Beziehungen und der Verhütung von Extremismus und Konflikten zwischen den Völkern statt. Die zweitägige Veranstaltung wurde vom Ministerium für Fragen der nationalen Politik und Verbindungen mit religiöser Vereinigung organisiert, zusammen mit der regionalen gesellschaftlichen Vereinigung „Freundschaft der Völker Kareliens“. An der Veranstaltung nahmen Vertreter der Staatsorgane und der lokalen Selbstverwaltung teil sowie von ordnungserhaltenden Strukturen und Nichtregierungsorganisationen

der Republik, des Ministeriums für Regionalentwicklung der Russischen Föderation und der Regierungen von Sank Petersburg und der Moskauer und Wologodsker Bezirke.

Auf der Eröffnungsrede der Veranstaltung teilte die Vizepremierministerin von Karelien, Wanda Patenko, mit, dass die Staatsbehörden von Karelien in der Region eine „Politik verfolgen werden, die auf die Bewahrung der internationalen Einwohnerschaft in der Republik gerichtet ist“.

Nach Einschätzung von Wanda Patenko „hat sich in Karelien eine ruhige internationale Lage erhalten, trotz ‚einiger Schwierigkeiten‘ in der jüngsten Vergangenheit“. Die karelische Vizepremierministerin ist der Meinung, dass die Vereinbarung, die 2007 seitens Behörden der Republik und der Städte mit religiösen und nationalen gesellschaftlichen Vereinigungen unterzeichnet wurde, viel dazu beigetragen hat. In der Vereinbarung geht es um die Zusammenarbeit in der kulturellen Entwicklung der Völker und von ethnischen Gruppen, die auf dem Gebiet Kareliens leben.

Quelle: <http://www.regnum.ru/news/1018803.html> 24.06.2008

Antwort des Moskauer Bürgermeisters auf die Anfrage des Parlaments von Kabardino-Balkarien zur Häufung neonazistischer Überfälle in der Hauptstadt

Am 26. Juni 2008 erhielt das Parlament von Kabardino-Balkarien (Kaukasusrepublik in Russland, A.d.Ü.) die Antwort des Moskauer Bürgermeisters über die Verabschiedung von zusätzlichen Maßnahmen gegen die Zunahme nationalistischer Aktivitäten in der Hauptstadt. Wir erinnern uns, dass das Parlament von Kabardino-Balkarien im März 2008 eine Anfrage an die Moskauer Duma gerichtet hatte, in der der Sorge Ausdruck verliehen wurde, dass in Moskau nationalistische Überfälle zunehmen würden, zu deren Opfern auch gebürtige Kabardino-Balkarier zählten.

In dem Brief, der vom Stellvertretenden Bürgermeister in der Regierung der Stadt Moskau, Valerij Vinogradov, unterzeichnet wurde, heißt es, dass der Moskauer Bürgermeister die Sorge um die in der Anfrage enthaltenen Fakten vollkommen teile. "In vollem Maße das Unheil der Verbrechen begreifend, die aus ethnischem, rassistischem und religiösem Hass in der Hauptstadt verübt werden und das Klima zwischen den Nationen im Ganzen beeinflussen, informiere ich Sie darüber, dass die Exekutive der Stadt Moskau gemeinsam mit den Rechtsschutzorganen ein Maßnahmenpaket durchführt, das auf die Vorbeugung solcher Erscheinungen gerichtet ist."

In dem Brief wird mitgeteilt, dass ein von der Moskauer Duma verabschiedeter umfassender Plan an Maßnahmen umgesetzt wird, der darauf gerichtet ist, extremistische Handlungen zu verhindern, die interethnischen und interreligiösen Beziehungen zu verbessern und der Xenophobie vorzubeugen. Vinogradov betont, dass "als operative Maßnahmen Treffen mit Gruppen aggressiv eingestellter Jugendlicher durchgeführt werden, die das Potential zur Gewaltausübung haben. In Gesprächen mit Mitgliedern der Organisationen werden ihnen die unheilvollen Folgen ihrer Aktivitäten klar gemacht. Außerdem werden regelmäßig informelle Einzelgespräche mit jedem Anführer von nationalistischen Organisationen geführt, in denen ihnen klar gemacht wird, dass die Rechtsschutzorgane im Besitz von Informationen über ihre Tätigkeit sind und es unvermeidbar ist, dass sie für die Einbindung der Jugend in extremistische Organisationen zur Verantwortung gezogen werden."

Erwähnt wird, dass "nationale gesellschaftliche Vereinigungen auf Initiative der Moskauer Regierung und unter Teilnahme der Exekutive und der Rechtsschutzorgane Treffen und Runde Tische mit Anführern von offiziell registrierten ultrapatriotischen Vereinen durchführen." "Diese Tätigkeit trägt vielfach dazu bei, die Aggressivität der nationalistischen Organisationen zu senken, und motiviert dazu, einen konstruktiven Dialog zur Lösung der gemeinsamen Probleme des städtischen Zusammenlebens zu führen." Es wird unterstrichen, dass "Botschafter der GUS-Staaten, bevollmächtigte Vertreter von Republiken der Russischen Föderation sowie Vertreter nationaler gesellschaftlicher Organisationen an Treffen mit Studenten der Moskauer Hochschulen teilnehmen. Auf einer Sitzung der Antiterror-Kommission wurde die Frage erörtert, in die Satzungen und Regelwerke von Hochschulen und allgemeinbildenden Einrichtungen ein Propagandaverbot radikalen und destruktiven Inhalts auf ihrem Territorium für Parteien, gesellschaftliche Vereinigungen und religiöse Organisationen aufzunehmen."

Ebenso wird darüber berichtet, dass "die Verwaltung der administrativen Bezirke Moskaus ihre

Arbeit zur Schaffung von freiwilligen studentischen Trupps in den Hochschulen zur Unterstützung der gesellschaftlichen Ordnung und zur Vorbeugung von ethnischen Konflikten auf dem Territorium der Einrichtungen, in den Studentenwohnheimen und auf dem Campus verstärkt hat. Darüber hinaus bilden sich Gruppen von Freiwilligen aus Studenten der Moskauer Hochschulen für die Arbeit mit Jugendlichen, die an nationalsozialistischen Einstellungen festhalten." Verstärkt wurde auch die Kontrolle der Tätigkeit von militärischen Sportklubs, die unter dem Dach von gesellschaftlichen Vereinigungen gegründet wurden. Die Moskauer Miliz hat einen Maßnahmenkatalog ausgearbeitet und setzt diesen um, wodurch Verbrechen mit nationalistischer Ausrichtung aufgedeckt und abgestellt werden sollen.

Quelle: <http://www.regnum.ru/news/1020073.html> 26.06.2008

Mitglieder der Gesellschaftskammer fordern Überprüfung der Äußerungen von Oberst Kwatschkow zum Extremismus

Am 11. Juli 2008 richteten die Vorsitzenden von 3 Kommissionen der Gesellschafts-Kammer ein Schreiben an den Generalstaatsanwalt Juri Tchaika mit der Bitte, die Äußerungen von Oberst Wladimir Kwatschkow zum Extremismus zu überprüfen. Das Schreiben ist unterzeichnet vom Vorsitzenden der Kommission für Zwischennationale Beziehungen und Gewissensfreiheit Nikolai Swanidse, dem Vorsitzenden der Kommission für Informationspolitik und Freiheit des Wortes Pawel Gusev und für öffentliche Kontrolle über die Tätigkeit der Rechtspflege Anatolij Kucherena.

„Die Rede geht über die Äußerungen Wladimir Kwatschkows im Radiosender „Moskauer Echo“ am letzten Freitag und über ein Interview, welches er vor 3 Jahren Alexander Prochanov in der Zeitung „Morgen“ gab erläuterte N. Sandes.

Nach Meinung der Verfasser des Schreibens enthalten die Äußerungen „Anzeichen von Extremismus“ und „sind verfassungswidrig und gesellschaftsgefährdend“.

In dem Radiointerview, welches er am 6. Juni 2008 nach dem Freispruch Geschworenenjury gab, verkündete er „die Vernichtung von Tchubais ist für mich kein Verbrechen...weil Tchubais – das habe ich ihm in die Augen gesagt und wiederhole es vor den Hörern- er ein nationaler Verräter ist“.

Weiterhin behauptete Kwatschkov, dass das Land von „jüdischen Mafia okkupiert wäre... die die Matrix für das organisierte Verbrechen in Russland bildet“.

Quelle: <http://www.interfax.ru/society/txt.asp?id=17195>

<http://sova-center.ru/> 11.06.2008

Weniger Migranten bedeutet weniger Extremismus

Im Juni 2008 hat der Gouverneur des Tjumensker Oblast, Wladimir Jakuschew, auf einer Sitzung der antiterroristischen Kommission die Meinung geäußert, *„je geringer der Anteil der illegalen Einwanderung in der Region ist, desto geringer ist die Gefahr, dass Rechtsextreme hier auftauchen.“* Das Thema der Sitzung war die Bekämpfung der illegalen Einwanderung.

Quelle: <http://72.ru/newsline/33118.html> 26.06.2008

Meinungsforschungszentrum zur Meinung der Russen über die Veränderungen der internationalen Beziehungen

Das Allrussische Zentrum für Meinungsforschung (WZIOM) hat die Daten der Umfrage unter Russen veröffentlicht, wie sie die Veränderungen der internationalen Beziehungen in Russland in den vergangenen Jahren bewerten.

Die Umfrage wurde vom 31. Mai bis zum 1. Juni 2008 in 153 Ortschaften in 46 Oblasten, Gebieten und Republiken Russlands durchgeführt. Befragt wurden 1.600 Personen. Die statistische Abweichung liegt bei nicht mehr als 3,4%.

Nach den Angaben der Befragung ist der Anteil der Russen, die eine steigende Spannung in den internationalen Beziehungen sehen, im Vergleich zu 2005 gesunken, von 41% auf 24%. Dabei ist der Anteil derer gestiegen, die der Meinung sind, dass sich die internationalen Beziehungen verändert haben (von 35% auf 40%) oder erträglicher geworden sind (von 17% auf 27%).

Der größte Anstieg der Anspannung wurde von WZIOM im Föderationskreis Nord-West festgestellt (49%, den geringsten – im Föderationskreis Ural (14%).

Auf die Frage: „Wie denken Sie im Ganzen, die große Zahl von Zugezogenen aus anderen Ländern – ist das für Russland eine positive oder eine negative Erscheinung?“ antworteten zwei Drittel „eher negativ“. Am weitesten war diese Meinung in Moskau und Sankt Petersburg verbreitet – 75%.

Seit März 2006 ist die Anzahl von Russen, die diese Erscheinung positiv finden, von 21% auf 15% gesunken, und in der gleichen Zeit ist die Zahl der Personen, die mit der Einschätzung Schwierigkeiten haben, von 10% auf 17% gestiegen.

Quelle: <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10274.html> 18.06.2008

Gebietstagung in Krasnojarsk zu Problemen des Extremismus in Sibirien

Der Stellvertreter des Generalstaatsanwaltes von Russland, Viktor Grin, ist in der Region Krasnojarsk eingetroffen, um eine Bezirkssitzung zum Thema der Probleme des Extremismus in Sibirien durchzuführen. Für den 26. Juni war die Durchführung von mehreren Arbeitssitzungen und Seminaren für die Angestellten der Staatsanwaltschaft des Sibirischen Föderationskreises vorgesehen.

Außerdem waren noch Spezialisten der Abteilung für die Überwachung der Einhaltung der Gesetze der föderalen Sicherheit, internationalen Beziehungen und der Extremismusabwehr eingetroffen sowie Staatsanwälte aus den sibirischen Bezirken, Mitarbeiter der Akademie der Generalstaatsanwaltschaft Russlands und führender juristischer Hochschulen Sibiriens.

Es ist geplant, auf den Sitzungen das Thema der Durchführung von antiextremistischer Gesetzgebung mithilfe der Staatsorgane und der örtlichen Verwaltung zu diskutieren. Tagespunkt ist außerdem die Frage der juristischen Verantwortung für Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. Es sollen die Probleme im Zusammenspiel der Organe der Staatsanwaltschaft mit den Verwaltungen von Rosswjazochrankultury, der Registrierungsbehörde Rosregistracii und den Einwanderungsbehörden im Kampf gegen den Extremismus beleuchtet werden. Besondere Aufmerksamkeit wird der Annahme der Gesetze „Über die Freiheit des Gewissens und von religiösen Vereinigungen“ und Rechtsaspekten der Staatsbürgerschaft in Russland zuteil werden.

Quelle: <http://newslab.ru/news/267729> 26.06.2008

Zeitschrift The eXile eingestellt - Investoren verschreckt

Anfang Juni 2008 wurde die englischsprachige Moskauer Satirezeitschrift The eXile eingestellt. Deren Investoren entschieden sich, die aktuelle Ausgabe zurückzurufen, nachdem bekannt geworden war, dass wegen extremistischer Tendenzen gegen die Zeitung ermittelt wird.

Als Vorwand für die Untersuchung diente die Beschwerde eines Lesers darüber, dass die Zeitung angeblich „Russland verhöhnt“ und „über die russische Kultur und die russischen Traditionen spottet“. Die Ermittler interessierten sich außerdem für die Kolumne von Eduard Limonovs, die regelmäßig in der Zeitschrift erscheint.

Der Chefredakteur der Ausgabe, Mark Ames, äußerte, ohne die Untersuchungsergebnisse abzuwarten, seine Besorgnis über den Vorgang. Seinen Worten nach versuche man, „der Zeitung das Wasser abzugraben“.

Die Ermittlungen, von denen die Sprecher der zuständigen Behörde (Rosswjasochrankultury) sagten, sie seien geplant gewesen, ergaben aber keine ernsthaften rechtlichen Verstöße (es wurde lediglich eine Geldstrafe wegen Ungenauigkeiten in den bisher erschienenen Ausgaben verhängt).

Die Zeitschrift informierte ihre Leser über das Erscheinen einer Auswahl von Beiträgen in ihrer Online-Ausgabe.

Die Information über die Einstellung der Zeitschrift The eXile wurde über das Informationszentrum „SOVA“ verbreitet, obwohl die Redaktion dazu nicht direkt von den zuständigen Behörden aufgefordert worden war. Dieser Zwischenfall demonstriert sehr gut die derzeitige erhöhte Alarmbereitschaft der Behörden gegenüber dem Thema Extremismus, die sich mit einem gestiegenen Misstrauen der Gesellschaft paart.

Quelle: http://www.mr-msk.ru/story/top/story_3560.html 20.06.2008

Anhänger Limonows sehen sich nicht für die Verschlechterung der russisch-lettischen Beziehungen verantwortlich

In Moskau ist der lettische Botschafter in der Russischen Föderation, Andris Teikmanis, von zwei Nationalbolschewiken überfallen worden, wie „Echo Moskau“ berichtet. Der Botschafter wurde mit Tetrapacks gefüllt mit rotem Saft beworfen, wahrscheinlich Tomatensaft. Der Überfall geschah im Pressezentrum von RIA Novosti, wo der Botschafter an einer Konferenz zur „Entwicklung der lettisch-russischen Beziehungen“ teilnahm. Die Täter begleiteten ihre Aktion mit den Rufen „Freiheit für Vladimir Abel“, „Finger weg von russischen Schulen“ und „Eure Hände sind mit Blut besudelt“. Außerdem verteilten sie im Saal Flugblätter.

Die Nationalbolschewisten stellten sich als Sergej Baranov und Ksenija Firsova vor und verkündeten, mit ihrer Aktion „die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung in Lettland schützen“ zu wollen. Einer der Führer der Nationalbolschewistischen Partei, Vladimir Abel (Linderman), dem die Rufe galten, sitzt seit Ende März 2008 in einem Rigaer Gefängnis. Ihn erwartet eine Verurteilung wegen unerlaubten Sprengstoffbesitzes. Anfangs wurden die Nationalbolschewisten beschuldigt, die Vorbereitung eines Anschlags auf den lettischen Präsidenten geplant zu haben. Als Beweis galt in Abels Wohnung gefundenes Trotyl. Dieser selbst behauptete, der Sprengstoff sei ihm untergeschoben worden. Er war im Januar 2008 in Moskau festgenommen und danach nach Lettland überführt worden. Der Prozess gegen ihn ist für Anfang Juli angesetzt, Informationen zufolge wurde er aber auf Mitte August vertagt.

Der Diplomat Teikmanis kommentierte die Geschehnisse mit den Worten, ein ruiniertes Anzug würde sich in keinsten Weise auf die russisch-lettischen Beziehungen auswirken.

Quelle: <http://www.newspb.ru/allnews/1019503/> 25.06.2008

Baltikum

Duma-Abgeordneter: Europarat darf die Augen nicht vor Versuchen der Heroisierung des Faschismus im Baltikum verschließen

„Es ist nicht zulässig, die sowjetische Symbolik, also die der Sieger und Befreier, der faschistischen Symbolik gleichzusetzen“, erklärte der erste stellvertretende Vorsitzende des Komitees für internationale Angelegenheiten der Staatlichen Duma der Russischen Föderation, Leonid Sluzkij (LDPR). Wie die Nachrichtenagentur Regnum meldet, appellierte Sluzkij – indem er das Verbot des Litauischen Sejm in Bezug auf die Verwendung von sowohl Nazi- als auch Sowjet-Symbolik, u.a. die Sowjet-Hymne, bei Kundgebungen, Streiks, Demonstrationen und anderen öffentlichen Veranstaltungen kommentierte – zum wiederholten Male an den Europarat, „der die junge Demokratie fördert, dabei aber die Augen vor der Aggression verschließt, die Aufmerksamkeit auf die konsequente Politik der Baltischen Staaten zu lenken, die im Eigentlichen auf die Wiederbelebung der Heroisierung des Faschismus gerichtet ist“.

„Unter der roten Flagge des Sieges haben die sowjetischen Truppen die Welt von der braunen Pest befreit“, sagte Sluzkij. „Die litauische Staatsmacht vergisst in ihrem Streben, sich beim Aufbau einer ‚für sich genommenen‘ Demokratie von allem Sowjetischen zu befreien, dass die rote Flagge mit

Hammer und Sichel und dem Stern ein allgemeingültiges Symbol des Sieges über den Faschismus ist“, bemerkte er. „Auf den zentralen Plätzen marschieren Paraden der SS, gegen die Kriegshelden werden schändliche Gerichtsverfahren durchgeführt und die heutige russischsprachige Bevölkerung wird nach international gültigen Normen vollständig in ihren Rechten diskriminiert“ – mahnte Sluzkij. Quelle: <http://www.newsrb.ru/allnews/1016068/> 18.06.2008

Estland

Buch über die Ereignisse um den „Bronzenen Soldaten“ in Estland erschienen

Der bekannte estnische Publizist Michail Petrow, Vorsitzender des Russischen Instituts von Estland und Kovorsitzender der Vereinigung der Russischen Gemeinden Europas, hat bereits sein drittes Buch herausgegeben, das den Ereignissen gewidmet ist, die mit dem Denkmal des „Bronzenen Soldaten“ zusammenhängen. Das Buch heißt „Die bittere Wahrheit des Bronzenen Soldaten“ und ist eine Analyse der Ereignisse nach dem April 2007. Die beiden vorangegangenen Bücher von Michail Petrow, „Zweierlei Gedenken: Der Verlauf der Spaltung“ und „Der Bronzene Soldat: Eine endgültige Entscheidung“ sind den Ereignissen gewidmet, die zu den Massenunruhen des April 2007 geführt haben, und den April-Ereignissen selbst. Petrow erläuterte den Titel seines neuen Buches und erklärte, dass „bittere Wahrheit“ darin bestünde, dass „der Soldat, der danach ein Denkmal wurde, diejenigen befreite, die der Meinung waren, dass sie nicht befreit werden müssen“. Außerdem ist sich der Autor sicher, dass das Buch eine breite Bedeutung habe, weil Ereignisse wie „die Demontage des Bronzenen Soldaten zu jedem beliebigen Zeitpunkt überall in Baltikum auftreten können, und es ist für die Nachbarn Estlands nützlich zu wissen, wie sich solche Geschichten entwickeln können.“ Auf den Inhalt des Buches angesprochen, teilte Petrow mit, dass es für die Leser interessant sein könne, seine Einschätzung der Gesetespakete der sogenannten „Bronzenen Nächte“ zu erfahren, die die estischen Behörden ausgearbeitet haben, um die Polizeikontrolle über die Einwohner des Landes zu verstärken. Außerdem gehe es um die Hintergründe des „verschwundenen Grabes“ des Hauptmanns der Sowjetarmee, Iwan Sysoew, und die Originalversion dessen, wer hinter den „Cyberangriffen“ auf die Website Estlands stehen könne. Außerdem legt der Autor im Buch seine Gedanken über die „psychologische Abhängigkeit“ des estischen Volkes vom „russischen Faktor“ dar, welcher dafür verantwortlich sei, dass die Esten immer noch nicht endgültig in der europäischen Gesellschaft aufgegangen seien, sondern sich wie eine ursprüngliche Völkergemeinschaft bewahrt hätten. Wie von der Nachrichtenagentur REGNUM bereits früher mitgeteilt wurde, hatte die estische Polizei am Abend des 26. April 2007 unter Gewaltanwendung eine Menschenansammlung aufgelöst, die sich in Tallin auf dem Tynismjagi-Platz versammelt hatte, um gegen den Beginn des Abrisses des Denkmals für den sowjetischen Freiheitskämpfer „Bronzener Soldat“ zu demonstrieren. Am Morgen des 27. April war das Denkmal entfernt. Am Abend des 27. April waren die Massenunruhen mit neuer Kraft aufgelodert, in Tallin genauso wie in weiteren Städten im Nordosten Estlands, in denen hauptsächlich russischsprachige Menschen leben. Nach offiziellen Angaben der Polizei wurden in der Zeit vom 26. April bis 3. Mai in Estland 1.250 Menschen verhaftet. Ein Drittel der Festgenommenen waren estnischer Nationalität. Unter den Festgenommenen waren sowohl Staatsbürger Estlands als auch Russlands, der Ukraine, Lettlands, Litauens, Deutschlands und Personen ohne Staatsbürgerschaft, die dauerhaft in Estland leben. Mehr als 200 Personen wurden verletzt, darunter 29 Ordnungshüter. Der 20-jährige Dmitrij Ganin, russischer Staatsbürger mit estnischem Wohnsitz, wurde getötet. Es wurden zahlreiche Beschwerden eingereicht über hartes Vorgehen gegenüber den Protestierenden und Festgenommenen, wengleich die estischen Behörden diese Beschuldigungen von sich weisen. Ihrerseits legen die estische Regierung und die nationalen Medien den Schwerpunkt der Berichterstattung bei der Erhellung der „Bronzenen Ereignisse“ auf die gewalttätigen Ausschreitungen und Plünderungen in der Zeit und auf den Widerstand der Demonstranten gegen die Ordnungskräfte sowie auf den sogenannten „Cyberkrieg“ Russlands gegen Estlands. Quelle: <http://www.regnum.ru/news/1014445.html> 13.06.2008

Litauen

Litauische Abgeordnete stellten Sowjetsymbole dem Hakenkreuz gleich



Foto: Erster Kanal

In Litauen wurden Aktionen unter den Flaggen mit dem Hakenkreuz oder mit Hammer und Sichel verboten – „Die sowjetischen Symbole wurden den nationalsozialistischen gleichgestellt“, schreibt die Zeitung „Gazeta“. Gemäß den neuen Zusätzen zum Gesetz „Über Versammlungen“ werden in der Republik Massenaktionen unterbunden, falls die Teilnehmer Symbole (Flaggen, Wappen, Abzeichen, Uniformen) oder auch nur deren Bestandteile des nationalsozialistischen Deutschlands, der Sowjetunion oder der Litauischen Sowjetrepublik zeigen. Dies betrifft auch Porträts von Parteigrößen der NSDAP oder der KPdSU, oder von Personen, die für Repressalien an litauischen Bürgern verantwortlich sind; außerdem Symbole und Uniformen von nationalsozialistischen oder kommunistischen Organisationen sowie alle Symbole, die Elemente des nationalsozialistischen Hakenkreuzes, des Zeichens der SS, Hammer und Sichel oder des roten Fünfsterns aufweisen. Außerdem wurde das Aufführen der Hymnen des nationalsozialistischen Deutschlands, der Sowjetunion oder der Litauischen Sowjetrepublik verboten. Ein ähnlicher Schritt wurde auch im benachbarten Estland unternommen, wo ein solches Verbot bereits seit November 2006 in Kraft ist. Wie der „Kommersant“ mitteilte, stimmten von den 87 Parlamentariern, die an der Sitzung teilnahmen – insgesamt sitzen 141 Abgeordnete im Sejm – 58 für die Neueinführungen, 3 dagegen, und 26 enthielten sich. Die Autoren der Änderungen wiesen darauf hin, dass die Verbote nicht für alle Bereiche gültig seien. Wie die Sejm-Abgeordnete Vilija Aljaknajte-Abramikene, deren Fraktion „Union des Vaterlands“ der Initiator für die Annahme der Änderungen war, mitteilte, verbieten die Gesetzeszusätze nicht, nationalsozialistische oder sowjetische Symbole zum Beispiel „für aufklärerische oder zu Bildungszwecken“ zu zeigen.

Eine weitere Ausnahme wurde für Veteranen des Zweiten Weltkriegs gemacht, die von beiden Seiten bekämpft wurden – ihnen wird erlaubt, an Feier- und Gedenktagen die entsprechenden Uniformen zu tragen sowie Orden, Medaillen und andere Gedenkabzeichen. Und für die Aufführung der russischen Nationalhymne, deren Melodie identisch mit der der sowjetischen ist, wird niemand bestraft werden.

Quelle: Litauen löst eine Demonstration auf, die sowjetische Symbole verwendet hat, Kommersant
Die sowjetischen Symbole wurden den nationalsozialistischen gleichgestellt, gazeta.ru
www.zagolovki.ru 18.06.2008

Kirgisien

Statistik der Kirgisischen Botschaft über Morde an Kirgisiern

Die Botschaft Kirgisiens in der Russischen Föderation, die "den Fortgang der Untersuchung von Strafsachen durch die zuständigen russischen Organe gegen Personen, die zu Verbrechen aus nationalem oder Rassenhass verdächtigt werden" bezüglich ihrer Bürger fortlaufend prüft, teilte am

18. Juni 2008 mit, dass acht von vierzehn Morden an Kirgisen, die in Moskau, im Moskauer Gebiet und in St. Petersburg verübt wurden, aufgeklärt wurden.

Uran Schamschiew, ein Vertreter Kirgisiens im Koordinationsbüro zum Kampf gegen die organisierte Kriminalität und andere gefährliche Verbrechen auf dem Territorium der GUS-Staaten, meldete die Aufklärung der Morde an A. Dscharkynow, geb. 1981; K. Schusupow, geb. 1985; R. Erkinbajew, geb. 1968; A. Aschirow, geb. 1989; M. Ergeschew und M. Mamytow; K. Schorojew, geb. 1977; B. Temirschanow, geb. 1958; E. Mamasaitow, geb. 1956." Gegen weitere sechs Verbrechen werden operative Untersuchungsmaßnahmen durchgeführt. In der Kirgisischen Botschaft wird betont, dass der Verlauf der Untersuchungen weiterhin durch die Leitung des Russischen Innenministeriums kontrolliert wird.

Bisher ist nicht bekannt, auf welchen Zeitraum sich diese Statistik über die Aufklärung von Morden an kirgisischen Bürgern bezieht.

Quelle: <http://www.24.kg/cis/2008/06/18/87717.html>

<http://sova-center.ru/> 18.06.2008

Ukraine

Wjatscheslaw Lichatschew: Xenophobie in der Ukraine – 2007 bis 2008

Seit Ende 2007 wurde auf der Internetseite des Kongresses der nationalen Minderheiten der Ukraine eine Reihe von Artikeln zum Thema „Antisemitismus, Xenophobie und die Rechte nationaler Minderheiten in der Ukraine“ veröffentlicht. Die Beiträge erschienen in den Monaten [Juli](#), [August](#), [Oktober](#) und [November](#) 2007, [April](#) 2008 sowie als Ausgabe für das [erste Quartal](#) 2008. Außerdem wurde eine [Sonderausgabe](#) ins Netz gestellt, die der Situation auf der Krim gewidmet war. Alle Artikel stammen aus der Feder des bekannten russischen Nationalisten Wjatscheslaw Lichatschew.

Die Entwicklung rechtsextremistischer Tendenzen in der Ukraine (in erster Linie die verstärkte Aktivitäten ideologischer Gruppierungen) gleicht in vielerlei Hinsicht den Entwicklungen in Russland. Darauf wurde immer wieder auch auf Konferenzen hingewiesen, bei denen russische und ukrainische Nationalismusforscher zugegen waren. Ernsthaften Grund zur Besorgnis bereitet auch die Dynamik dieser Prozesse: Während die Beiträge zu Beginn als einzelne Dokumente abrufbar waren, werden sie seit Oktober 2007 in einem Newsletter zusammengefasst. Daher hielten wir es für nötig, auf die Veröffentlichung dieser Artikel hinweisen.

Quelle: <http://kngu.org/news.htm> <http://sova-center.ru> 10.06.2008

Chronik

Händler von Nazidevotionalien in Kaluga angeklagt

Im Juni 2008 wurde in Kaluga Expertengutachten von Gegenständen durchgeführt, die mit nationalsozialistischen Emblemen verziert waren sowie von einem Bajonett, die am 21. Mai 2008 einem Händler abgenommen wurde, der damit auf dem „Georgiewski“-Markt gehandelt hatte. Nach dem Ergebnis des Heimatkundemuseums von Kaluga waren auf den Gegenständen das Hakenkreuz abgebildet.

Der Mann, der die Devotionalien mit dem Hakenkreuz verkauft hatte, wurde nach Nr. 2 Art. 20.3 des Strafgesetzbuches über Verwaltungsübertretungen der RF (Vertrieb von neonazistischen Gegenständen). Außerdem wurde gegen ihn ein Strafverfahren nach Nr. 4 Art. 222 des Strafgesetzbuches der RF (illegaler Vertrieb von kalten und Gaswaffen) eröffnet.

Quelle: <http://mvdrrf.ru/news/16820/> 11.06.2008

20 Morde in Moskau – verdächtige Skinhead-Bande festgenommen

Kriminalbeamte des Moskauer Umlands nahmen eine Gruppe Skinheads fest, die verdächtigt werden mindestens 20 Menschen ermordet zu haben teilte eine Quelle der Rechtsschutzorgane des Moskauer Gebietes der Agentur RIA „Novosti“ mit.

Im Verlauf der Untersuchung der Serienmorde an aus Mittelasien und dem Kaukasus stammenden Bürgern wurden 6 Personen festgenommen. Die Skinheads sind zwischen 17 und 20 Jahre alt und kommen aus Moskau und dem Umland. In den Wohnungen der Festgenommenen fanden die Milizionäre nationalistische Attribute und Literatur. „Nach den uns vorliegenden Fakten sind die Festgenommenen an mindestens 20 Morden beteiligt, davon 15 in Moskau und 5 im Umland, vorrangig Bürger Usbekistans. Bei allen Überfällen wurden Metallrohre, Baseballschläger und Messer benutzt. Die Ermittler verfügen über Fakten, dass unter den Festgenommenen auch Beteiligte an Brandstiftungen und Sprengstoffanschlägen auf kaukasusischstämmige Inhaber von Marktständen in den Kreisen Puschkinsk, Mytitszy und Sergijew-Pasad sind. Die Jugendlichen kommunizierten über nationalistische Webseiten, vereinbarten Ort und Zeit der Treffen zu ihren Aktionen gegen die „Personen mit nichtslawischen Äußerem.“

Zu einigen von ihnen werden operative Maßnahmen durchgeführt und Beweise gesammelt. Einige weitere wurden zur Fahndung ausgeschrieben“, sagte die Quelle der Agentur. Die Strafsache wird nach den Punkte „sh“ und „l“ Teil 2 des Paragraphen 105 StGB der RF geführt (gemeinschaftlicher Mord an zwei oder mehr Personen aus nationalistischen Motiven und Rassenhass). Dieser Paragraph sieht Freiheitsstrafen von 8 bis 20 Jahren bzw. lebenslänglich vor.

Die Mitarbeiter der Moskauer Kriminalpolizei und des Umlandes kamen auf die Spur der Skinheads nach der Aufklärung des Mordes an einem Ehepaar aus Usbekistan, welcher in der Nacht auf den 7. Mai im Nordosten der Hauptstadt verübt wurde. Wie früher bereit mitgeteilt wurde wurden von Januar bis März diesen Jahres 31 Ausländer ermordet. Das Innenministerium ist der Meinung, dass die Mehrzahl der Verbrechen keinen nationalistischen Charakter trägt. Allerdings sind die Ausschweifung der Xenophobie in allem Munde (Gäste, Städtische Behörden, Staatsanwaltschaft). Heute ist die Bewegung der russischen Skinheads eine der zahlenmäßig stärksten in der Welt. Nach den Daten des Moskauer Büros für Menschenrechte gibt es in unserem Land mehr als 50.000 „Skins“. In der ganzen Welt zählt diese Bewegung etwa 70.000 Anhänger.

Quelle: RIA Novosti 17.06.2008

Broschüre „Krieg den Bastarden“ als extremistisches Machwerk eingestuft

Das Kreisgericht von Karmaskal der Republik Bashkortostan gab dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Anerkennung der Broschüre von Ajrat Dilmuchametow „Krieg den Bastarden“ als extremistisch statt.

2365 Exemplare der Broschüre waren zuvor bei einer Durchsuchung der Datscha von Ajrat Dilmuchametow beschlagnahmt worden.

Die Entscheidung vom 5. Juni wurde auf der Grundlage einer linguistischen Expertise getroffen. Diese hatte „Aufrufe zur Ausübung von (extremistischen) Straftaten sowie Schüren von Ausländerfeindlichkeit“ festgestellt.

Im Mai 2008 bereits war wegen der Platzierung von Ausschnitten der Broschüre auf der Internetseite „Ufa Gubernskaja“ ein Strafverfahren nach Art. 280, Teil 2 des StGB (öffentliche Aufrufe zu extremistischen Handlungen in Massenmedien) und nach Art. 282, Teil 1 des StGB (Schüren von Hass und Zwietracht) eingeleitet worden.

Quelle: <http://bashprok.ru/news/3847.html> 19.06.2008

Impressum

Übersetzung: Annette Bräunlein, Klaus-Reiner Dauert, Sabine Erdmann-Kutnevic, Stephanie Hensche, Holger Löbell, Anja Schmidt
Zusammenstellung: Ewgenija Hartleben

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Mühlenstr.47

13187 Berlin

Telefon: 030 / 912079-3

Telefax: 030 / 912079-45

E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de

Internet: www.zentrum-demokratische-kultur.de

gemeinsam mit

Deutsch-Russischer Austausch e. V.

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80-0

Telefax: 030 / 44 66 80-10

E-Mail: info@austausch.org

Internet: www.austausch.org